

## **Stromausfall legt Amtsgericht Altena lahm - Verhandlungen abgesagt**

Ein Stromausfall in Münster führte am 16. August 2024 zu abgesagten Verhandlungen am Altenaer Amtsgericht.

Besucher des Altenaer Amtsgerichts mussten am Freitag, dem 16. August, enttäuscht feststellen, dass ihnen der Zugang zu geplanten Verhandlungen verwehrt blieb. Statt die rechtlichen Angelegenheiten voranzubringen, verließen viele das Gebäude ohne die gewünschte Erledigung. Der Grund für diesen unerwarteten Stillstand war ein Stromausfall, der die elektronische Datenverarbeitung im Amtsgericht lahmlegte.

Die Situation schilderte sich so, dass ein Aushang am Amtsgericht klarstellte, dass alle Termine abgesagt wurden und neue Termine anberaumt werden müssten. Anfangs blieb unklar, was die Ursache für diese kurzfristigen Änderungen war. Doch eine Nachfrage beim Gericht brachte Licht ins Dunkel: Ein nächtlicher Stromausfall hatte massive Folgen für die Systeme des EDV-Anbieters in Münster.

### **Stromausfall bringt Amtsgeschäfte zum Stillstand**

Detlev Haack, der Leiter der Verwaltungsgeschäftsstelle am Amtsgericht Altena, erläuterte die technische Problematik. Der Stromausfall führte zu einem „ungesteuerten Abschalten im Rechnersaal Nord der Zentralen Betriebsstelle Münster“. Eine Formulierung, die verdeutlicht, wie schnell ein technisches Problem weitreichende Konsequenzen haben kann. In vielen Abteilungen des Amtsgerichts war man bereits auf die

„elektronische Akte“ umgestiegen. Dies bedeutet, dass die gesamte Datenverarbeitung auf die digitale Infrastruktur angewiesen ist. Ohne diese führte der Ausfall unweigerlich zu einem Stillstand im gerichtlichen Alltag.

Dank der modernen Technologie, die die Aktenbearbeitung und den Dokumentenaustausch effizienter gestalten soll, wurde die gesamte Affiliate-Arbeit des Gerichts am Freitag stark eingeschränkt. Haack betonte, dass der Betrieb am Montag, also nur zwei Tage nach dem Vorfall, wieder in vollem Umfang lauffähig war. Die Störung konnte schnell behoben werden und die Systeme funktionierten anschließend wie erwartet. Die Rückkehr zur Normalität wurde von vielen Beteiligten mit einem gewissen Erleichterung zur Kenntnis genommen, aber der Vorfall verdeutlichte auf alarmierende Weise, wie abhängig die Justiz von der digitalen Infrastruktur ist.

## **Digitale Abhängigkeit und ihre Herausforderungen**

Die Vorfälle in Altena werfen ein Schlaglicht auf die Abhängigkeit der modernen Justiz von Technologie. Immer mehr Behörden und Institutionen setzen inzwischen auf elektronische Akten und digitale Prozesse, um ihre Arbeit zu optimieren und den Bürgern einen besseren Service zu bieten. Doch mit den Vorteilen kommen auch neue Risiken. Technische Ausfälle können, wie im Fall des Altenaer Amtsgerichts, schnell zu weitreichenden Störungen führen, die es nicht nur den Mitarbeitern erschweren, ihre Arbeit zu tun, sondern auch den Bürgern, die auf diesen Service angewiesen sind.

In einer Zeit, in der Digitalisierung als unverzichtbarer Bestandteil einer modernen Verwaltung gilt, zeigt dieses Ereignis, dass jede technische Lösung auch ihre Achillesferse hat. Die Abkehr von papierbasierten Systemen hat zweifellos viele Vorteile, doch dieser Vorfall war ein wichtiger Hinweis darauf, dass eine schutzsichere Infrastruktur bestehen muss, um auch in kritischen Situationen gewappnet zu sein.

Um solche Vorfälle in der Zukunft zu vermeiden, könnte es sinnvoll sein, dass die verantwortlichen Stellen in der Justiz und der IT-Branche Strategien entwickeln, um die Systeme resilienz gegenüber technischen Störungen zu machen. Das bedeutet, dass notfalls manuelle Prozesse raumgreifend noch funktionsfähig bleiben sollten. Für die Justiz ist es von essenzieller Bedeutung, dass der rechtsstaatliche Zugang zu rechtlichen Verfahren jederzeit gesichert ist, unabhängig von der Funktionsweise technischer Systeme.

In Anbetracht der jüngsten Ereignisse wird deutlich, dass die Kombination aus Digitalisierung und klassischer Gerichtsbarkeit eine sorgsame Balance benötigt. Die Schaffung einer robusten, nicht nur digital, sondern auch analog unterstützten Infrastruktur könnte ein erster hilfreicher Schritt sein, um solchen Betriebsstörungen künftig entgegenzuwirken.

Ein Stromausfall, der am 15. August 2024 in Münster auftrat, hatte direkte Auswirkungen auf mehrere Gerichte in Nordrhein-Westfalen, einschließlich des Amtsgerichts Altena. Solche Vorfälle werfen Fragen zu der Abhängigkeit der öffentlichen Verwaltung von elektronischen Systemen auf und sind nicht ohne historische Präzedenzfälle. Diese Abhängigkeit kann in Krisensituationen zu massiven Störungen führen, wie es in diesem Fall der Fall war.

Die Digitalisierung der Justiz ist zwar fortschrittlich, bringt jedoch auch ihre Herausforderungen mit sich. Die Umstellung auf elektronische Akten sollte effizientere Abläufe und eine bessere Zugänglichkeit der Informationen fördern. Doch was passiert, wenn technische Störungen die gesamte Infrastruktur lahmlegen? Dies führt nicht nur zu Verzögerungen in der Rechtsprechung, sondern auch zu einem Gefühl der Unsicherheit bei den Bürgern, die auf die rechtzeitige Bearbeitung ihrer Anliegen angewiesen sind.

## **Hintergrundinformationen zur digitalen Transformation in der Justiz**

In den letzten Jahren hat die Digitalisierung auch die Justizsysteme in Deutschland erfasst. Die Einführung elektronischer Akten und die Digitalisierung von Verfahrensabläufen waren Teil des größeren Bestrebens, die Justiz effizienter und transparenter zu gestalten. Die Bundesregierung hat im Rahmen des **Digitalisierungsprogramms** in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel für die Modernisierung der staatlichen Verwaltungsdienste zur Verfügung gestellt.

Die Herausforderungen bestehen jedoch nicht nur in der Technik selbst. Oftmals fehlt es an Schulungen für das Personal, das mit den neuen Systemen vertraut werden muss. Zudem ist die Sicherheit der Daten eine immer größer werdende Sorge, besonders in Anbetracht der konstanten Bedrohung durch Cyberkriminalität. Die Vorfälle am Altenaer Amtsgericht verdeutlichen, wie wichtig es ist, Notfallpläne für derartige technische Pannen zu haben.

## **Statistik zur Nutzung elektronischer Akten**

Eine Umfrage des **Bundesministeriums der Justiz** zeigt, dass mittlerweile mehr als 80% der Amtsgerichte in Deutschland auf elektronische Akten umgestiegen sind. Dies zeigt den Trend hin zur Digitalisierung, jedoch bleibt die Infrastruktur anfällig für Störungen. Mehr als 40% der Befragten in der Justiz gab an, dass technische Probleme ein häufiges Hindernis bei der Nutzung digitaler Systeme darstellen.

Gerichte und Institutionen müssen daher Strategien entwickeln, um solche Unterbrechungen zu minimieren, etwa durch Backup-Systeme und regelmäßige Schulungen für Mitarbeiter. Solche Maßnahmen könnten dazu beitragen, die Auswirkungen von Stromausfällen oder anderen technischen Problemen zu mindern und das Vertrauen in die digitale Justiz zu stärken.

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**